



## Zusammenfassung der Rückmeldungen zur Vernehmlassung «Studentafel, Nomenklatur»



## Impressum

---

Direktion für Bildung und Kultur  
Amt für gemeindliche Schulen  
Abteilung Schulentwicklung  
6. Januar 2017  
Gever DBK AGS 3.7.2 / 1 / 19291

---

---

Martina Krieg  
Leiterin Abteilung Schulentwicklung  
Katja Weber  
Verantwortliche für Unterrichtsfragen

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>2. Aufbau des Berichts</b>	<b>4</b>
<b>3. Vernehmlassungsteilnehmende</b>	<b>4</b>
<b>4. Ergebnisse in Kürze</b>	<b>6</b>
<b>5. Ergebnisse der Vernehmlassung</b>	<b>9</b>
5.1. Frage 1: Fächernomenklatur	9
5.2. Frage 2: Individuelle Förderung Kindergartenstufe	10
5.3. Frage 3: Medien und Informatik	11
5.4. Frage 4: Unterrichtspflichtpensum	12
5.5. Frage 5: Musik, Handwerkliches Gestalten, Individuelle Förderung	13
5.6. Frage 6: Wochenstundentafel 1. Zyklus	14
5.7. Frage 7: Wochenstundentafel 2. Zyklus	16
5.8. Frage 8: Wirtschaft, Arbeit, Haushalt	17
5.9. Frage 9: Berufliche Orientierung	18
5.10. Frage 10: Begleitetes Studium	19
5.11. Frage 11: Abwahl einer Fremdsprache	20
5.12. Frage 12: Ersatzangebote	21
5.13. Frage 13: Wahlfächer, Zuständigkeit, Zeitkontingent	22
5.14. Frage 14: Wahlfachangebot, Durchführung	23
5.15. Frage 15: Wahlfachangebot	24
5.16. Frage 16: Stundentafel 3. Zyklus	26
5.17. Weitere Bemerkungen von Vernehmlassungsteilnehmenden	27

## **1. Einleitung**

Mit Beschluss vom 7. September 2016 verabschiedete der Bildungsrat die Änderungen des Reglements zum Schulgesetz und den erläuternden Bericht in 1. Lesung. Er beauftragte die Direktion für Bildung und Kultur, zum Ergebnis der 1. Lesung eine schriftliche Vernehmlassung durchzuführen. Die Vernehmlassungsteilnehmenden wurden am 20. September 2016 per E-Mail für die schriftliche Vernehmlassung eingeladen und erhielten an der Informationsveranstaltung vom 4. Oktober 2016 die Möglichkeit, zu den Vernehmlassungsunterlagen Fragen zu stellen. Die Vernehmlassungsunterlagen wurden ebenfalls online auf der Webseite des Kantons Zug publiziert. Die schriftliche Vernehmlassung dauerte vom 20. September 2016 bis 12. Dezember 2016. Der vorliegende Bericht gibt zusammenfassend die Rückmeldungen der Vernehmlassungsteilnehmenden wieder. Der Bildungsrat diskutiert die Rückmeldungen an der Sitzung vom 1. Februar 2017 und entscheidet in seiner 2. Lesung abschliessend über die Stundentafeln der obligatorischen Schulzeit ab dem Schuljahr 2019/20.

## **2. Aufbau des Berichts**

Der vorliegende Bericht ist analog des Fragebogens der Vernehmlassung zur «Stundentafel, Nomenklatur» strukturiert. Das Kapitel «Ergebnisse in Kürze» präsentiert zusammengefasst die eingegangenen Rückmeldungen. Die detaillierteren Ausführungen zu den Rückmeldungen sind im Kapitel «Ergebnisse der Vernehmlassungsantworten» pro Frage wiedergegeben. Bei jeder Frage ist eingangs aufgezeigt, wie viele der eingeladenen Vernehmlassungsteilnehmenden zur Frage Stellung bezogen haben. Die Diagramme visualisieren die quantitative Auswertung der entsprechenden Frage. In den «Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags» werden im Vergleich zur vom Bildungsrat vorgeschlagenen Version ablehnende Rückmeldungen nach Antwortkategorien zusammengefasst und paraphrasiert erläutert. Dem Bildungsrat zustimmende Kommentare werden im Kasten «Kommentaren trotz Zustimmung zum Bildungsratsvorschlag» nach Antwortkategorien zusammengefasst, paraphrasiert wiedergegeben. Die Zahl in den Spalten verdeutlicht, von wie vielen Teilnehmenden der Vernehmlassung diese Rückmeldung eingereicht wurde. Die Antworten der eingeladenen Vernehmlassungsteilnehmenden sind blau hinterlegt. Die von weiteren Teilnehmenden zusätzlich eingereichten Antworten fliessen ebenfalls in diesen Bericht ein und sind zur Unterscheidung grau hinterlegt.

## **3. Vernehmlassungsteilnehmende**

Die Abteilung Schulentwicklung lud insgesamt 28 Partner zur schriftlichen Vernehmlassung zur «Stundentafel, Nomenklatur» ein:

- Einwohnergemeinden
- CVP des Kantons Zug
- SVP des Kantons Zug
- FDP des Kantons Zug
- ALG des Kantons Zug
- SP des Kantons Zug
- GLP des Kantons Zug
- Piratenpartei Zentralschweiz
- Schulpräsidentenkonferenz des Kantons Zug, SPKZ
- Zuger Wirtschaftskammer
- Gewerbeverband des Kantons Zug

- Zuger Kantonale Musikschulkonferenz
- Rektorenkonferenz, REKO
- Verband Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Zug, VSL
- Lehrerinnen- und Lehrerverein Zug, LVZ
- Pädagogische Hochschule Zug
- Schule und Elternhaus, S&E
- Hochschulrat Pädagogische Hochschule Zug

25 Vernehmlassungsteilnehmende reichten eine schriftliche Stellungnahme ein. Für die Auswertung der Stellungnahmen sind die Vernehmlassungsteilnehmenden gemäss Tabelle 1 gruppiert:

Tabelle 1: Gruppierung eingeladene Vernehmlassungsteilnehmende

Gruppe	Eingeladene Vernehmlassungsteilnehmende
Einwohnergemeinden	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einwohnergemeinde Baar</li> <li>- Einwohnergemeinde Cham</li> <li>- Einwohnergemeinde Menzingen</li> <li>- Einwohnergemeinde Neuheim</li> <li>- Einwohnergemeinde Oberägeri</li> <li>- Einwohnergemeinde Risch</li> <li>- Einwohnergemeinde Steinhausen</li> <li>- Einwohnergemeinde Unterägeri</li> <li>- Einwohnergemeinde Walchwil</li> <li>- Einwohnergemeinde Zug</li> <li>- Einwohnergemeinde Hünenberg</li> </ul>
Schulnahe Gremien	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Rektorenkonferenz der gemeindlichen Schulen, REKO</li> <li>- Schulpräsidentenkonferenz des Kantons Zug, SPKZ</li> <li>- Verband Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Zug, VSL</li> <li>- Lehrerinnen- und Lehrerverein Zug, LVZ</li> <li>- Pädagogische Hochschule Zug</li> <li>- Hochschulrat Pädagogische Hochschule Zug</li> </ul>
Politische Parteien	<ul style="list-style-type: none"> <li>- CVP des Kantons Zug</li> <li>- SVP des Kantons Zug</li> <li>- FDP des Kantons Zug</li> <li>- ALG des Kantons Zug</li> <li>- SP des Kantons Zug</li> <li>- GLP des Kantons Zug</li> <li>- Piratenpartei Zentralschweiz</li> </ul>
Wirtschaft, Gewerbe und andere	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zuger Wirtschaftskammer</li> <li>- Gewerbeverband des Kantons Zug</li> <li>- Zuger Kantonale Musikschulkonferenz</li> <li>- Schule und Elternhaus, S&amp;E</li> </ul>

Zusätzlich reichten weitere Teilnehmende eine schriftliche Stellungnahme ein, welche in Tabelle 2 aufgeführt und gruppiert sind.

Tabelle 2: Gruppierung zusätzliche Vernehmlassungsteilnehmende

Gruppe	Zusätzliche Vernehmlassungsteilnehmende
Kanton Zug	Team Primarschule SG 123
	Gewerbeverein Steinhausen
	Baumeisterverband Zug
	Katholische und reformierte Kirche Zug
	Einzelne Lehrperson
Nationale Gruppierung	Schweizer Musikrat SMR
	Verband Schweizer Schulmusik

Die Mitarbeitenden der Abteilung Schulentwicklung danken im Namen der Direktion für Bildung und Kultur allen Vernehmlassungsteilnehmenden für ihre wertvollen Rückmeldungen und die geschätzte Mitarbeit.

#### 4. Ergebnisse in Kürze

Die Prozentzahlen dieses Kapitels weisen die Antworten der eingeladenen Vernehmlassungsteilnehmenden aus. Berechnungsgrundlage ist der effektive Rücklauf pro Fragestellung. Argumente ab sechs Nennungen sind in den Ergebnissen in Kürze aufgeführt.

##### Fächer- nomenklatur

71 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit der vorgeschlagenen Fächernomenklatur nicht einverstanden. Zwecks Harmonisierung sollen sämtliche Begriffe des Lehrplans 21 übernommen werden. Explizit soll auf die Bezeichnung «Handwerkliches Gestalten» verzichtet werden.

##### Individuelle Förderung Kindergarten

76 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit der Beibehaltung der «Individuellen Förderung» ausserhalb des Unterrichtspflichtpensums nicht einverstanden. Die individuelle Förderung der Kinder sei Bestandteil des Regelunterrichts. Das Zeitgefäss «Individuelle Förderung» soll es in der heutigen Form nicht mehr geben.

##### Individuelle Förderung Pri- marstufe, Mu- sik, Handwer- kliches Gestal- ten

88 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit dem Vorschlag des Bildungsrates nicht einverstanden. Die Lektion der «Individuellen Förderung» auf der Primarstufe soll ins Unterrichtspflichtpensum integriert werden. Anstelle einer Lektion «Individuelle Förderung» sollen mit einer weiteren Lektion «Musik» künftig zwei Wochenlektionen «Musik» unterrichtet werden.

##### Unterrichts- pflichtpensum

67 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit der vorgeschlagenen Erhöhung des Unterrichtspflichtpensums nicht einverstanden. Das Unterrichtspflichtpensum auf der Primarstufe soll um zwei Lektionen erhöht werden. Anstelle der «Individuellen Förderung» soll eine zweite Lektion «Musik» angeboten werden.

Studentafel 1., 2. Zyklus	88 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit der Wochenstundentafel der 1. und 2. Klasse der Primarstufe nicht einverstanden. 84 % der eingeladenen Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit der Wochenstundentafel der 3.-6. Klasse der Primarstufe nicht einverstanden. Die «Individuelle Förderung» soll ins Unterrichtspflichtpensum integriert sein. Es sollen auf der Primarstufe durchgängig zwei Lektionen Musik angeboten werden.
Medien und Informatik	92 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit dem Vorschlag des Bildungsrates grundsätzlich einverstanden. Durch das Ausweisen einer Lektion in der 5. und 6. Klasse der Primarstufe würden hohe Kosten für technische Infrastruktur entstehen. Das Ausweisen von «Medien und Informatik» in der 1. und 2. Klasse der Sekundarstufe I (anstatt 3. Klasse) wird als vorteilhafter betrachtet, da in der 3. Klasse der Sekundarstufe I im Wahlfach «Informatik» auf den erworbenen Kompetenzen der Vorjahre aufgebaut werden könne.
Wirtschaft, Arbeit, Haushalt	95 % der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmen dem Unterrichtsmodell «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» zu.
Berufliche Orientierung	96 % der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmen zu, dass eine Lektion «Berufliche Orientierung» in der 2. Klasse der Sekundarstufe I ausgewiesen werden soll.
Begleitetes Studium	92 % der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmen der Bezeichnung «Begleitetes Studium» zu.
Abwahl einer Fremdsprache	58 % der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmen der Abwahl einer Fremdsprache ab der 2. Klasse in der Realschule zu. Der Entscheid für die Abwahl einer Fremdsprache soll bei der Rektorin, beim Rektor liegen. Realschülerinnen und Realschüler sollten bereits nach dem ersten Semester der 1. Klasse der Sekundarstufe I eine Fremdsprache abwählen können. Zusätzlich zum «Begleiteten Studium» soll das Ersatzangebot zur Verfügung gestellt werden.
Ersatzangebot	54 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit dem Ersatzangebot für Werkschülerinnen und Werkschüler bei Abwahl einer Fremdsprache einverstanden. Es soll nicht zwingend eine Schulische Heilpädagogin, ein Schulischer Heilpädagoge das Ersatzangebot führen, eine Lehrperson könne dies auch tun.
Wahlfächer: Zeitkontingent	96 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit der Regelung des Zeitkontingents für Wahlfächer in der 2. und 3. Klasse der Sekundarstufe I einverstanden.

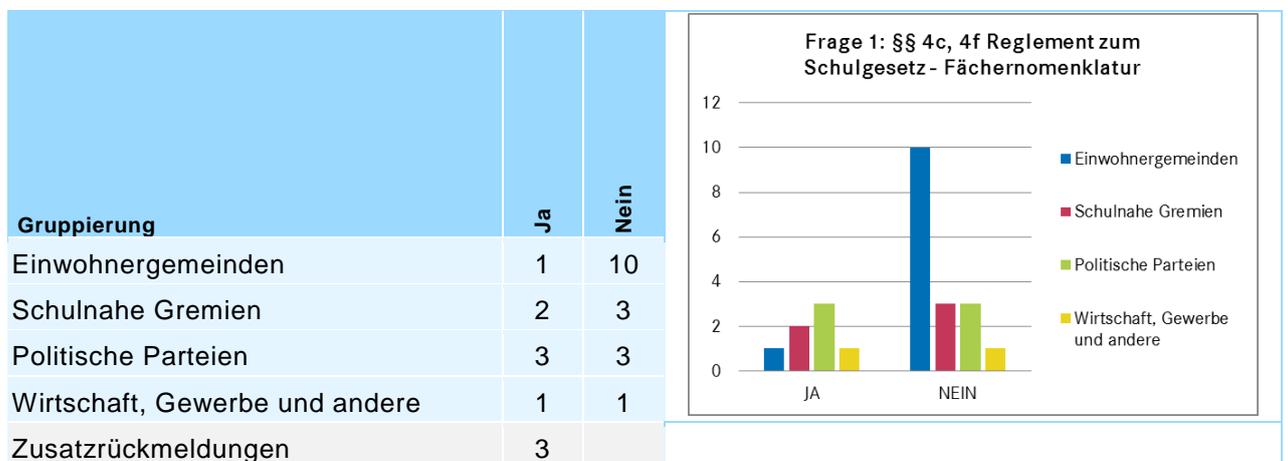
Wahlfach- angebot: Durchführung	79 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind damit einverstanden, dass kantonale Wahlfächer ab einer Belegung von mindestens acht Schülerinnen und Schülern durchgeführt werden müssen.
Wahlfach- angebot	75 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit dem kantonalen Wahlfachangebot nicht einverstanden. Italienisch und Spanisch sollten zu den gemeindlichen Wahlfächern zählen. Die Aufteilung nach vier Lektionen für kantonale Wahlfächer und zwei Lektionen gemeindliche Wahlfächer sei einschränkend und in der Praxis oft nicht umsetzbar. Schülerinnen und Schüler sollten uneingeschränkt nach ihren Bedürfnissen Wahlfächer belegen können.
Studentafel 3. Zyklus	74 % der Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit der Wochenstundentafel des 3. Zyklus einverstanden.

## 5. Ergebnisse der Vernehmlassung

### 5.1. Frage 1: Fächernomenklatur

Sind Sie mit der vorgeschlagenen Fächernomenklatur einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	24	86 %
keine Antwort	4	14 %



### Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags

Argument	Nennung	Ausführungen
Übernahme Vorschlag Lehrplan 21	14	Vernehmlassungsteilnehmende wünschen, dass zwecks Harmonisierung sämtliche Begriffe des Lehrplans 21 übernommen werden sollen.
Verzicht auf kantonspezifisches «Handwerkliches Gestalten»	13	Vernehmlassungsteilnehmende wünschen explizit, dass auf die kantonspezifische Bezeichnung «Handwerkliches Gestalten» verzichtet werden soll.

## 5.2. Frage 2: Individuelle Förderung Kindergartenstufe

Sind Sie mit der Beibehaltung der «Individuellen Förderung» ausserhalb des Unterrichtspflichtpensums auf der Kindergartenstufe einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	25	89 %
keine Antwort	3	11 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	1	10
Schulnahe Gremien	2	3
Politische Parteien	1	6
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	0
Zusatzrückmeldungen	3	

Frage 2: § 4 Reglement zum Schulgesetz - Individuelle Förderung Kindergartenstufe

Group	JA	NEIN
Einwohnergemeinden	1	10
Schulnahe Gremien	2	3
Politische Parteien	1	6
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	0

### Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags

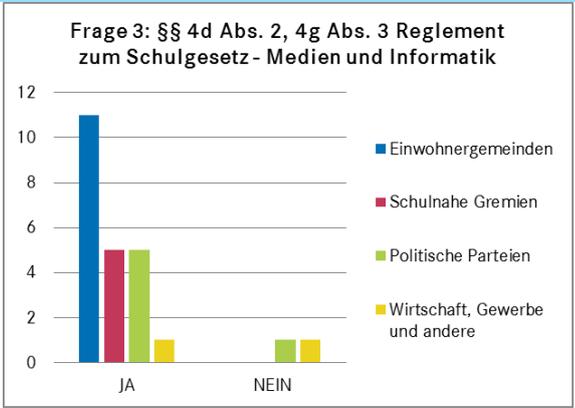
Argument	Nennung	Ausführungen
Individuelle Förderung als Unterrichtsprinzip	17	Vernehmlassungsteilnehmende sehen die individuelle Förderung der Kinder als Bestandteil des Regelunterrichts.
Integration der «Individuellen Förderung» in das Unterrichtspflichtpensum	10	Vernehmlassungsteilnehmende wünschen, dass die «Individuelle Förderung» im Kindergarten ins Unterrichtspflichtpensum des obligatorischen Kindergartenjahres integriert wird. Fünf Gemeinden erwähnen, dass dies mit guten Erfahrungen schon umgesetzt wird.
Vereinbarkeit von Familie und Arbeit	3	Vernehmlassungsteilnehmende merken an, dass die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Schulbesuch von Kindern mit einer verlässlichen Stundentafel gewährleistet sein sollte.
D-EDK-Empfehlungen folgen	2	Vernehmlassungsteilnehmende merken an, dass sich das Unterrichtspflichtpensum im obligatorischen Kindergartenjahr nach den Empfehlungen der D-EDK (24-27 Stunden pro Woche) orientieren soll.

### 5.3. Frage 3: Medien und Informatik

Sind Sie einverstanden, dass «Medien und Informatik» in der Stundentafel in der 5. und 6. Klasse der Primarstufe sowie in der 1. und 3. Klasse der Sekundarstufe I mit jeweils einer Lektion pro Woche ausgewiesen wird?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	24	86 %
keine Antwort	4	14 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	11	0
Schulnahe Gremien	5	0
Politische Parteien	5	1
Wirtschaft, Gewerbe und andere	1	1
Zusatzrückmeldungen	3	



Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags		
Argument	Nennung	Ausführungen
Fehlen in 2. Klasse der Sekundarstufe I	1	Vernehmlassungsteilnehmende bedauert, dass in der 2. Klasse der Sekundarstufe I nicht auch eine Lektion für «Medien und Informatik» vorgesehen ist.
Ausweitung ab 3. Klasse Primarstufe	1	Vernehmlassungsteilnehmende wünscht eine Ausweitung des Medien- und Informatikunterrichts mit einer in der Stundentafel ausgewiesenen Lektion bereits ab der 3. Klasse der Primarstufe.

Kommentare trotz Zustimmung zum Bildungsratsvorschlag		
Argument	Nennung	Ausführungen
Hohe Kostenfolge für Infrastruktur in 5. und 6. Klasse der Primarstufe	10	Vernehmlassungsteilnehmende erwähnen, dass mit der Einführung je einer Lektion in der 5. und 6. Klasse der Primarstufe hohe Kosten bezüglich der technischen Infrastruktur anfallen werden und Lehrpersonen nachqualifiziert werden müssten.
In 1. und 2. Klasse der Sekundarstufe I	9	Vernehmlassungsteilnehmende sähen das Ansetzen der Lektion in der 1. und 2. Klasse der Sekundarstufe I als vorteilhaft, weil man in der 3. Klasse der Sekundarstufe I davon Nutzen ziehen könnte.

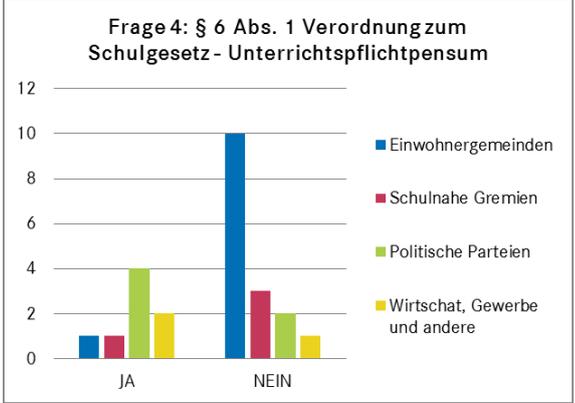
Kommentare trotz Zustimmung zum Bildungsratsvorschlag		
		Das Wahlfach «Informatik» könnte direkt an die Kompetenzen der 1. und 2. Klasse der Sekundarstufe I anschliessen.
Fehlen in 2. Klasse der Sekundarstufe I	2	Vernehmlassungsteilnehmende bedauern, dass in der 2. Klasse der Sekundarstufe I nicht auch eine Lektion für «Medien und Informatik» vorgesehen wird.

#### 5.4. Frage 4: Unterrichtspflichtpensum

Sind Sie mit der Erhöhung des Unterrichtspflichtpensums um eine Lektion in der 1.-6. Klasse der Primarstufe einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	24	86 %
keine Antwort	4	14 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	1	10
Schulnahe Gremien	1	3
Politische Parteien	4	2
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	1
Zusatzrückmeldungen	3	



Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags		
Argument	Nennung	Ausführungen
Erhöhung um zwei Lektionen	13	Vernehmlassungsteilnehmende sind grundsätzlich mit der Erhöhung des Unterrichtspflichtpensums einverstanden. Das Unterrichtspflichtpensum soll jedoch um zwei Lektionen erhöht werden.
Mehr «Musik» dafür keine «Individuelle Förderung»	14	Vernehmlassungsteilnehmende wünschen, dass die «Individuelle Förderung» für Schülerinnen und Schüler in das Unterrichtspflichtpensum integriert wird und anstelle der «Individuellen Förderung» eine zweite Lektion «Musik» angeboten werden soll.

### 5.5. Frage 5: Musik, Handwerkliches Gestalten, Individuelle Förderung

Sind Sie damit einverstanden, dass die «Individuelle Förderung» auf der Primarstufe mit einer Lektion ausserhalb des Unterrichtspflichtpensums beibehalten wird, das «Handwerkliches Gestalten» in der 3.-6. Klasse der Primarstufe mit drei Lektionen und «Musik» in der 1.-6. Klasse der Primarstufe mit einer Lektion dotiert werden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	25	89 %
keine Antwort	3	11 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	0	11
Schulnahe Gremien	0	5
Politische Parteien	1	5
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	1
Zusatzrückmeldungen	2	1

Group	JA	NEIN
Einwohnergemeinden	0	11
Schulnahe Gremien	0	5
Politische Parteien	1	5
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	1

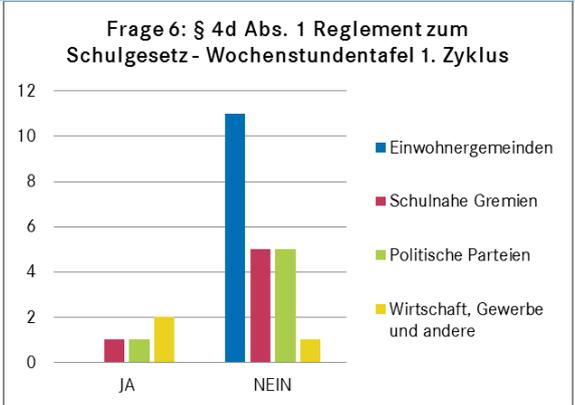
Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags		
Argument	Nennung	Ausführungen
Individuelle Förderung ins Unterrichtspflichtpensum und zwei Lektionen Musik	18	Vernehmlassungsteilnehmende wollen die vorgeschlagene Lektion «Individuelle Förderung» ins Unterrichtspflichtpensum integrieren. 15 Vernehmlassungsteilnehmende geben an, die Lektion der «Individuellen Förderung» für «Musik» einzusetzen und «Musik» mit zwei Lektionen in der Stundentafel zu verankern.
Zwei Lektionen «Handwerkliches Gestalten», zwei Lektionen «Musik»	3	Vernehmlassungsteilnehmende bevorzugten die Reduktion von «Handwerklichem Gestalten» auf zwei Lektionen, wenn dafür zwei Lektionen «Musik» angeboten werden.
Zwei Lektionen «Handwerkliches Gestalten», mehr «Medien und Informatik»	1	Vernehmlassungsteilnehmende würde «Handwerkliches Gestalten» lieber mit zwei Lektionen dotiert sehen, dafür den Fachbereich «Medien und Informatik» mit einer weiteren Lektion stärken.
Beibehaltung «Individuelle Förderung»	1	Vernehmlassungsteilnehmende möchte zwei Lektionen «Individuelle Förderung» beibehalten mit der Begründung, dass es kein Gegensatz zur integrativen Förderung, sondern ein komplementäres, notwendiges Fördergefäss - von der wirkungsvollen Unterstützung bis zur Förderung spezieller Begabungen einzelner Kinder darstellt. Die Formulierung von Richtlinien für die «Individuelle Förderung» wird begrüsst.

### 5.6. Frage 6: Wochenstundentafel 1. Zyklus

Sind Sie mit der Wochenstundentafel der 1. und 2. Klasse der Primarstufe einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	26	93 %
keine Antwort	2	7 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	0	11
Schulnahe Gremien	1	5
Politische Parteien	1	5
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	1
Zusatzrückmeldungen	2	1



#### Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags

Argument	Nennung	Ausführungen
«Individuelle Förderung» ins Unterrichtspflichtpensum	13	Vernehmlassungsteilnehmende wollen «Individuelle Förderung» ins Unterrichtspflichtpensum integrieren.
«Musik» gemäss D-EDK-Vorschlag	19	Vernehmlassungsteilnehmende wollen durchgängig zwei Lektionen Musik in der Primarschule. Folgende Begründungen werden genannt: <ul style="list-style-type: none"> <li>– Der Bundesverfassungsartikel 67a (2012 vom Volk mit 72.7 % angenommen), beauftragt Bund und Kantone für einen hochwertigen Musikunterricht an Schulen zu sorgen (4 Antworten).</li> <li>– Zahlreiche Studien belegen den Mehrwert von Musik für das Lernen und auch für die soziale und emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bzw. deren Gehirnentwicklung (7 Antworten).</li> <li>– Der Anschluss an weiterführende Schulen muss auch im Fachbereich Musik gewährleistet bleiben (2 Antworten).</li> </ul>
«Natur, Mensch, Gesellschaft» wie D-EDK-Vorschlag	1	Der Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» soll wie im Fachbericht «Stundentafel» der D-EDK vom 4. Dezember 2014 angeboten werden.

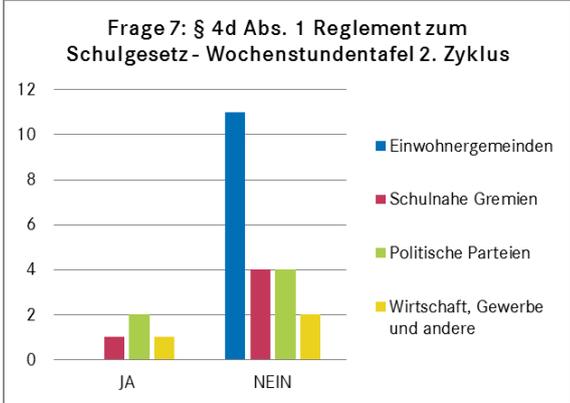
<b>Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags</b>		
Zwei Lektionen «Individuelle Förderung»	1	Vernehmlassungsteilnehmende möchte zwei Lektionen «Individuelle Förderung» beibehalten.
Mehr «Handwerkliches Gestalten»	1	Ein Vernehmlassungsteilnehmer bedauert die Reduktion des «Handwerklichen Gestaltens».
Musikschule keine Ergänzung	1	Der freiwillige Musikunterricht darf nicht als Ergänzung zum schulischen Musikunterricht betrachtet werden. Zahlreiche Erziehungsberechtigte würden sich freiwilligen Musikunterricht, der hauptsächlich auf das Lernen eines Instruments abzielt, nicht leisten können. Die Reduktion von «Musik» in der Stundentafel treffe Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien.
Interkulturelle Funktion	1	Der Fachbereich «Musik» leistet einen Beitrag zur Integration in heterogenen Schulklassen. Kulturelle Aspekte werden im Musikunterricht vermittelt.
Ausbildung PH Zug	1	Mit der eingeführten Allrounderausbildung an der PH Zug wurde das Fach «Musik» neben «Bewegung und Sport» sowie «Gestalten» aufgewertet, da alle Studierenden des Studiengangs Primarstufe das Fach «Musik» zwingend belegen und abschliessen müssen.
«Musik» gemäss D-EDK-Vorschlag	2	Der Musikunterricht soll unbedingt, wie im Fachbericht «Stundentafel» der D-EDK vom 4. Dezember 2014 vorgeschlagen, angeboten werden.

### 5.7. Frage 7: Wochenstundentafel 2. Zyklus

Sind Sie mit der Wochenstundentafel der 3.-6. Klasse der Primarstufe einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	25	89 %
keine Antwort	3	11 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	0	11
Schulnahe Gremien	1	4
Politische Parteien	2	4
Wirtschaft, Gewerbe und andere	1	2
Zusatzrückmeldungen	3	1



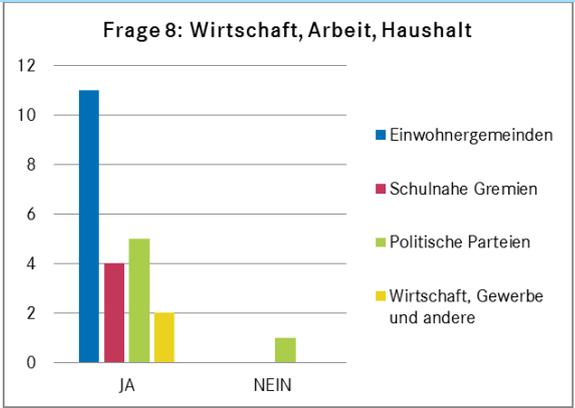
Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags		
Argument	Nennung	Ausführungen
vgl. Frage 6		Es werden identisch die gleichen Antworten wie bei Frage 6 zurückgemeldet.
ab 3. Klasse der Primarstufe bereits «Medien und Informatik»	1	Vernehmlassungsteilnehmende erwähnt kritisch die Integration des Fachbereichs «Medien und Informatik» in andere Fachbereiche und wünscht ab der 3. Klasse bereits eine ausgewiesene Lektion in der Stundentafel.

### 5.8. Frage 8: Wirtschaft, Arbeit, Haushalt

Sind Sie mit dem Unterrichtsmodell zu «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	23	82 %
keine Antwort	5	18 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	11	0
Schulnahe Gremien	4	0
Politische Parteien	5	1
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	0
Zusatzrückmeldungen	2	



#### Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags

Argument	Nennung	Ausführungen
Zusätzlich Erhöhung WAH	1	Vernehmlassungsteilnehmende wünscht eine zusätzliche Erhöhung des Fachbereichs «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» und dass während mindestens einem Schuljahr immer vier Lektionen in Folge angeboten werden sollen.

#### Kommentare trotz Zustimmung zum Bildungsratsvorschlag

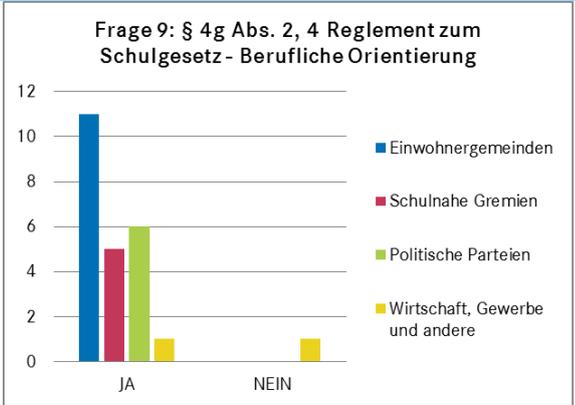
Argument	Nennung	Ausführungen
Kürzung ernährungspraktischer Teil	3	Vernehmlassungsteilnehmende befürchten, der ernährungspraktische Teil könnte gekürzt werden.

### 5.9. Frage 9: Berufliche Orientierung

Sind Sie mit dem Ausweisen der «Beruflichen Orientierung» mit einer Lektion in der 2. Klasse der Sekundarstufe I einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	24	86 %
keine Antwort	4	14 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	11	0
Schulnahe Gremien	5	0
Politische Parteien	6	0
Wirtschaft, Gewerbe und andere	1	1
Zusatzrückmeldungen	2	



#### Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags

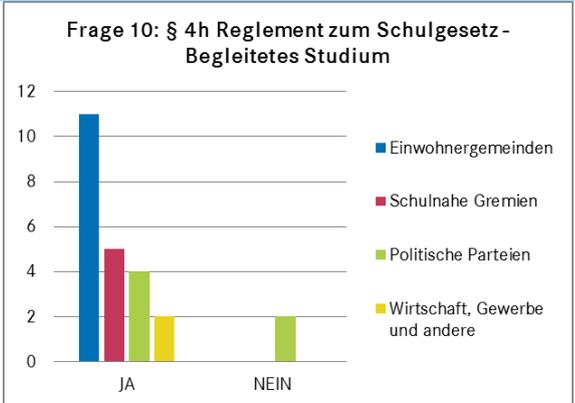
Argument	Nennung	Ausführungen
Lektion in allen drei Klassen der Sekundarstufe I	1	Vernehmlassungsteilnehmende wünscht in jeder Klasse der Sekundarstufe I eine Lektion «Berufliche Orientierung» und weist auf die Wichtigkeit der geklärten Zuständigkeit der Lehrperson hin. In Hinblick auf die gesellschaftlichen Tendenzen einer zunehmenden Akademisierung der Berufsbildung soll diesem Bereich mehr Beachtung und Gewichtung beigemessen werden. Im Sinne der Chancengleichheit für alle Lernenden müsse ein wesentlicher Teil der Berufswahlorientierung in der Schule stattfinden und könne nur bedingt an die Erziehungsberechtigten delegiert werden.

### 5.10. Frage 10: Begleitetes Studium

Sind Sie mit der Bezeichnung «Begleitetes Studium» der 1. und 2. Klasse der Sekundarstufe I einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	24	86 %
keine Antwort	4	14 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	11	0
Schulnahe Gremien	5	0
Politische Parteien	4	2
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	0
Zusatzrückmeldungen	2	



#### Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags

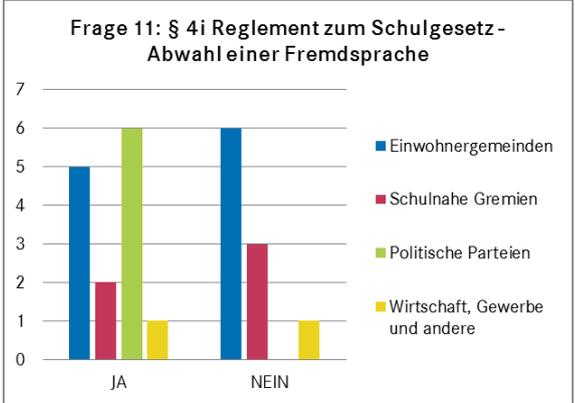
Argument	Nennung	Ausführungen
Eigenverantwortliches Lernen	1	Vernehmlassungsteilnehmende wünscht den Begriff mit «Eigenverantwortlichem Lernen» zu ersetzen.

### 5.11. Frage 11: Abwahl einer Fremdsprache

Sind Sie mit der Abwahl einer Fremdsprache ab der 2. Klasse der Realschule einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	24	86 %
keine Antwort	4	14 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	5	6
Schulnahe Gremien	2	3
Politische Parteien	6	0
Wirtschaft, Gewerbe und andere	1	1
Zusatzrückmeldungen		2



Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags		
Argument	Nennung	Ausführungen
Keine Kostenfolge	1	Vernehmlassungsteilnehmende ist nicht einverstanden, wenn dadurch zusätzlich Kosten entstehen.
Entscheid bei der Rektorin, beim Rektor	6	Vernehmlassungsteilnehmende sind grundsätzlich mit der Abwahl einer Fremdsprache einverstanden. Der Entscheid dafür soll bei der Rektorin, beim Rektor liegen.
Ersatzangebot oder «Begleitetes Studium»	6	Vernehmlassungsteilnehmende wünschen zusätzlich zum «Begleiteten Studium» die Möglichkeit des Ersatzangebots.
Möglichkeit zur Abwahl bereits nach 1. Halbjahr der 1. Klasse der Sekundarstufe I	8	Vernehmlassungsteilnehmende wünschen sich für Realschülerinnen und -schüler die Möglichkeit, bereits nach dem ersten Semester der 1. Klasse der Sekundarstufe I eine Fremdsprache abzuwählen zu dürfen.
Möglichkeit zur Abwahl bereits nach 1. Halbjahr der 1. Klasse der Sekundarstufe I	2	Vernehmlassungsteilnehmende wünschen sich für Realschülerinnen und -schüler die Möglichkeit, bereits nach dem ersten Semester der 1. Klasse der Sekundarstufe I eine Fremdsprache abzuwählen zu dürfen. Im Ersatzangebot müsste zwingend Mathematik, Deutsch bzw. Textverständnis und Geometrisch-Technisches Zeichnen angeboten werden.

Kommentare trotz Zustimmung zum Bildungsratsvorschlag		
Argument	Nennung	Ausführungen
Ersatzangebot oder «Begleitetes Studium»	3	Vernehmlassungsteilnehmende stimmen grundsätzlich der Abwahlmöglichkeit zu, wünschen aber zusätzlich zum «Begleiteten Studium» die Möglichkeit des «Ersatzangebotes».
Entscheid bei der Rektorin, beim Rektor	3	Vernehmlassungsteilnehmende haben sich für die Abwahl ausgesprochen und geben zusätzlich an, dass der Entscheid bei der Rektorin, beim Rektor liegen soll.

### 5.12. Frage 12: Ersatzangebote

Sind Sie damit einverstanden, dass Werkschülerinnen und Werkschüler bei der Abwahl einer Fremdsprache ein individuelles auf ihre Bedürfnisse ausgerichtetes Ersatzangebot belegen?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	24	86 %
keine Antwort	4	14 %

Gruppierung	Frage 12: § 4j Reglement zum Schulgesetz - Ersatzangebote	
	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	3	8
Schulnahe Gremien	2	3
Politische Parteien	6	0
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	0
Zusatzrückmeldungen	2	

Group	JA	NEIN
Einwohnergemeinden	3	8
Schulnahe Gremien	2	3
Politische Parteien	6	0
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	0

Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags		
Argument	Nennung	Ausführungen
Nicht zwingend durch Schulische Heilpädagogin (SHP), Schulischen Heilpädagogen begleitet	11	Grundsätzlich sind Vernehmlassungsteilnehmende einverstanden, dass Werkschülerinnen und Werkschüler ein individuelles Ersatzangebot besuchen sollen. Nicht zwingend notwendig wird jedoch die Begleitung des Ersatzangebotes durch eine Schulische Heilpädagogin, einen Schulischen Heilpädagogen erachtet, auch eine Lehrperson könne dieses Angebot durchführen.

Kommentare trotz Zustimmung zum Bildungsratsvorschlag		
Argument	Nennung	Ausführungen
Nicht zwingend durch SHP begleitet	3	Nicht zwingend notwendig wird die Begleitung des Ersatzangebotes durch eine Schulische Heilpädagogin, einen Schulischen Heilpädagogen erachtet, auch eine Lehrperson könne dieses Angebot durchführen.

### 5.13. Frage 13: Wahlfächer, Zuständigkeit, Zeitkontingent

Sind Sie damit einverstanden, dass in der 2. Klasse der Sekundarstufe I drei Lektionen innerhalb des Unterrichtspflichtpensums und in der 3. Klasse der Sekundarstufe I sechs Lektionen innerhalb des Unterrichtspflichtpensums für Wahlfächer zur Verfügung stehen?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	25	89 %
keine Antwort	3	11 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	11	0
Schulnahe Gremien	5	0
Politische Parteien	5	1
Wirtschaft, Gewerbe und andere	3	0
Zusatzrückmeldungen	2	

Frage 13: § 4k Abs. 2,3 Reglement zum Schulgesetz - Wahlfächer: Zuständigkeit, Zeitkontingent

Group	JA	NEIN
Einwohnergemeinden	11	0
Schulnahe Gremien	5	0
Politische Parteien	5	1
Wirtschaft, Gewerbe und andere	3	0

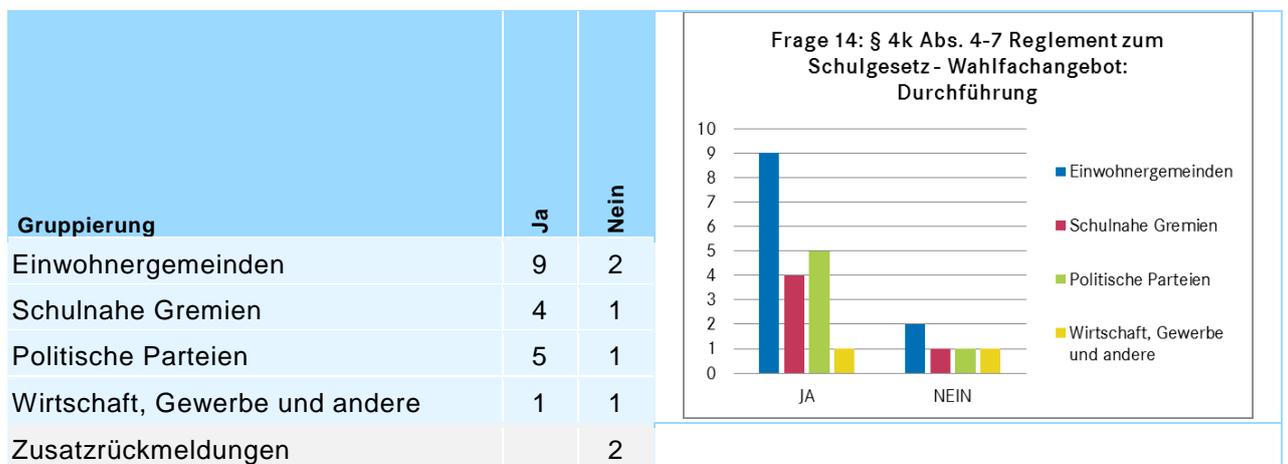
Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags		
Argument	Nennung	Ausführungen
Musische Fächer zweitrangig	1	Vernehmlassungsteilnehmende erwähnt das grosse Spektrum von Wahlfächern und vermutet, dass dadurch der Leistungsdruck steigen könnte sowie eher kopflastige Fachbereiche gewählt und dadurch musische Fachbereiche eher zweitrangig würden.

Kommentare trotz Zustimmung zum Bildungsratsvorschlag		
Argument	Nennung	Ausführungen
«Musik» als Wahlfach	1	Vernehmlassungsteilnehmende regt an, zusätzlich Musik ins Wahlfachangebot aufzunehmen.

### 5.14. Frage 14: Wahlfachangebot, Durchführung

Sind Sie damit einverstanden, dass kantonale Wahlfächer ab einer Belegung von mindestens acht Schülerinnen und Schülern durchgeführt werden müssen?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	24	86 %
keine Antwort	4	14 %



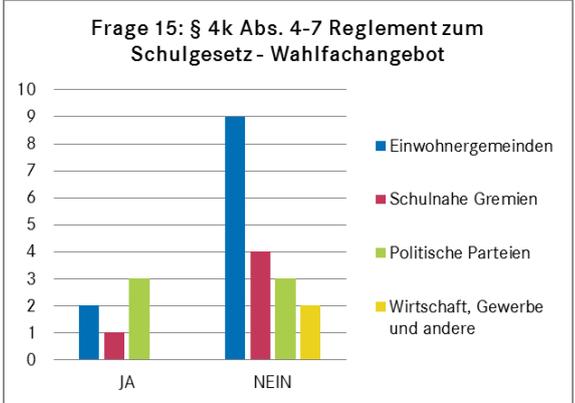
Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags		
Argument	Nennung	Ausführungen
Durchführung ab mind. sechs Teilnehmenden	4	Vernehmlassungsteilnehmende melden zurück, dass Wahlfächer bereits ab sechs Teilnehmenden durchgeführt werden sollen.
Richtzahl statt Mindestangabe	2	Zusatzrückmeldungen begrüßten eine Richtzahl anstelle von Mindestangaben.

### 5.15. Frage 15: Wahlfachangebot

Sind Sie mit dem kantonalen Wahlfachangebot einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	24	86 %
keine Antwort	4	14 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	2	9
Schulnahe Gremien	1	4
Politische Parteien	3	3
Wirtschaft, Gewerbe und andere	0	2
Zusatzrückmeldungen		2



Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags		
Argument	Nennung	Ausführungen
«Italienisch» und «Spanisch» sollen gemeindliche Wahlfachangebote sein	10	Mit dem Kontingent sind Vernehmlassungsteilnehmende grundsätzlich einverstanden, jedoch melden sie zurück, dass «Italienisch» und «Spanisch» zu den gemeindlichen Wahlfächern gehören sollten.
Keine Aufteilung in kantonale und gemeindliche Angebote	11	Die Aufteilung nach vier Lektionen eines Wahlfachs aus dem kantonalen und zwei Lektionen aus dem gemeindlichen Angebot wird als einschränkend wahrgenommen und sei in der Praxis oft nicht umsetzbar. Die Schülerinnen und Schüler sollten gemäss den Ideen von Sek I plus die Wahlfächer uneingeschränkt nach ihren Bedürfnissen wählen können.
Wahlfachangebot zu sprachlastig	1	Vernehmlassungsteilnehmer findet das Angebot allgemein zu sprachlastig.
MINT-Fächer vernachlässigt	3	Vernehmlassungsteilnehmende würden mehr MINT-Fächer anbieten.
Angebot hälftig verteilen	1	Vernehmlassungsteilnehmende möchte die Aufteilung der Kontingentierung des kantonalen und gemeindlichen Angebots hälftig vornehmen.

Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags		
«Geometrisch-Technisches Zeichnen» fehlt	2	Das Angebot «Geometrisch-Technisches Zeichnen» soll wie bis anhin in der 2. und 3. Klasse der Sekundarstufe I als Wahlfach angeboten werden. Damit würde für jene Schülerinnen und Schüler, welche einen technischen, handwerklichen bzw. gestalterischen Beruf erlernen möchten, der Einstieg in jene Berufsfelder optimal vorbereitet. Das Angebot sei von grösster Bedeutung für entsprechende Berufslehren.
«Geometrisch-Technisches Zeichnen» fehlt	3	Das Angebot «Geometrisch-Technisches Zeichnen» soll wie bis anhin in der 2. und 3. Klasse der Sekundarstufe I als Wahlfach angeboten werden. Damit würde für jene Schülerinnen und Schüler, welche einen technischen, handwerklichen bzw. gestalterischen Beruf erlernen möchten, der Einstieg in jene Berufsfelder optimal vorbereitet. Das Fach dürfe nicht als unwichtig taxiert werden.

Kommentare trotz Zustimmung zum Bildungsratsvorschlag		
Argument	Nennung	Ausführungen
MINT-Fächer vernachlässigt	2	Vernehmlassungsteilnehmende stimmen dem Angebot zwar zu, würden aber mehr MINT-Fächer anbieten.

### 5.16. Frage 16: Studentafel 3. Zyklus

Sind Sie mit der Wochenstundentafel der 1.-3. Klasse der Sekundarstufe I einverstanden?

Total Teilnehmende	28	100 %
Rücklauf	23	82 %
keine Antwort	5	18 %

Gruppierung	Ja	Nein
Einwohnergemeinden	8	3
Schulnahe Gremien	3	1
Politische Parteien	4	2
Wirtschaft, Gewerbe und andere	2	0
Zusatzrückmeldungen	2	

#### Argumentationen zur Abweichung des Bildungsratsvorschlags

Argument	Nennung	Ausführungen
Mehr «Musik»	3	Grundsätzlich sind die Vernehmlassungsteilnehmenden einverstanden mit der Stundentafel der Sekundarstufe I, jedoch wünschen sie mehr musische Fächer.
Mehr «Deutsch»	1	Vernehmlassungsteilnehmende wünscht mehr Lektionen des Fachbereichs «Deutsch», insbesondere weil dies in der 3. Klasse der Sekundarstufe I als Zeitgefäss für Besprechungen im Konzept Sek I plus vorgesehen sei.
«Handwerkliches Gestalten» anstelle «Musik»	1	Vernehmlassungsteilnehmende schlägt vor, in der 1. Klasse der Sekundarstufe I die Musiklektion zu streichen und eine Lektion mehr «Handwerkliches Gestalten» anzubieten.

#### Kommentare trotz Zustimmung zum Bildungsratsvorschlag

Argument	Nennung	Ausführungen
Mehr «Deutsch»	1	Vernehmlassungsteilnehmende stimmt der Stundentafel zu, wünscht aber mehr Lektionen im Fachbereich «Deutsch», insbesondere weil «Deutsch» in der 3. Klasse der Sekundarstufe I als Zeitgefäss für Besprechungen bei Sek I plus vorgesehen sei.

### 5.17. Weitere Bemerkungen von Vernehmlassungsteilnehmenden

Argument	Nennung	Ausführungen
Konfessioneller Religionsunterricht ist nicht erwähnt und sollte auf eine Lektion beschränkt werden	5	Vernehmlassungsteilnehmende wünschen eine Aussage zum konfessionellen Religionsunterricht. Vielerorts besucht weniger als die Hälfte, teils nur ein Drittel der Schülerinnen und Schüler diesen Unterricht. Es wird eine Reduktion auf eine Lektion pro Woche gewünscht.
Konfessioneller Religionsunterricht nicht erwähnen	1	Konfessioneller Religionsunterricht soll nicht erwähnt werden in der Studententafel, da er nicht zum Unterrichtspflichtpensum der Schülerinnen und Schüler gehöre.
Kompetenzen des Modullehrplans «Medien und Informatik» verteilen	1	Vernehmlassungsteilnehmerin fordert, dass die Verteilung der Kompetenzen des Modullehrplans «Medien und Informatik» auf die verschiedenen Zyklen durch die kantonale Fachgruppe ICT OSKIN ausgearbeitet wird. Damit würde für diesen Fachbereich im 2. und 3. Zyklus ein sinnvoller und verbindlicher Kompetenzaufbau gewährleistet. Eine ausreichende Weiterbildung für Lehrpersonen müsse gewährleistet sein.
Wegfall von «Lebenskunde»	1	Vernehmlassungsteilnehmende meldet zurück, dass insbesondere Klassenlehrpersonen den Wegfall des Fachs «Lebenskunde» bedauern.
«Musik» halbiert	1	Dass die Dotation des Fachs «Musik» im Vergleich zur aktuellen Studententafel künftig halbiert werden solle, stösst bei einem Vernehmlassungsteilnehmenden auf Unverständnis.
Gymnasialer Anschluss gewährleistet	1	Vernehmlassungsteilnehmende erwähnt, dass der Anschluss an die gymnasialen Schulen unbedingt gewährleistet sein muss.
Zu wenig Harmonisierung	1	Vernehmlassungsteilnehmende findet es schwer verständlich, dass der Harmonisierung zu wenig Beachtung geschenkt wird und findet, dass der Kanton Zug in zu vielen Bereichen einen «Sonderzug» fahren wolle.
Zusammenarbeit mit Wirtschaft	1	Vernehmlassungsteilnehmende ist bestrebt, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft in den Bereichen der MINT-Förderung, der Berufswahl und den Aktivitäten im Ausschuss «Bildung & Personal» zu fördern und zu stärken.
Zielüberprüfung in Zyklen	1	Vernehmlassungsteilnehmende begrüsst die Zielüberprüfung in den verschiedenen Zyklen. Der Kanton solle die Zielerreichung kontrollieren und Massnahmen bei nicht Erreichung der Ziele im

Argument	Nennung	Ausführungen
		Voraus definieren.
«Musik» für Instrumentalunterricht öffnen	1	Vernehmlassungsteilnehmende wünscht sich eine Öffnung des Musikunterrichts für die Möglichkeit, Instrumentalunterricht zu besuchen.
Tastaturschreiben	1	Tastaturschreiben könne auf der Primarstufe nicht in den Fachbereich «Deutsch» integriert werden. Es müssten Computer verfügbar sein. Es müsse für das Tastaturschreiben eine Deutschlektion verwendet werden.
Weiterbildungskosten	1	Es würden massive Weiterbildungskosten entstehen für Hauswirtschaftslehrpersonen und für Nachqualifikationen im Fachbereich «Ethik, Religionen, Gemeinschaft».
Verteilung des «Handwerklichen Gestaltens»	1	Zusatzrückmeldung vermutet, dass die Dotation mit drei Lektionen «Handwerkliches Gestalten» als Block zu Engpässen bei der Zimmerverteilung führen und auch «Textiles Gestalten» dadurch geschwächt werden könne.
Zielüberprüfung in Zyklen	2	Zusatzrückmeldungen begrüssen die Zielüberprüfung in den verschiedenen Zyklen. Der Kanton solle die Zielerreichung kontrollieren und Massnahmen bei nicht Erreichung der Ziele im Voraus definieren.
Konfessioneller Religionsunterricht	1	Zusatzrückmeldung wünscht, dass konfessioneller Religionsunterricht weiterhin, wie bisher, in der Studentafel ausgewiesen wird.